SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Postwachstum und Raumentwicklung: Denkanstöße für Wissenschaft und Praxis

Best, Benjamin; Schulze Dieckhoff, Viola; Klagge, Britta; Weck, Sabine; Pütz, Marco; Schulz, Christian; Lange, Bastian; Ritzinger, Anne; Brückner, Heike; Schmid, Benedikt; Hülz, Martina; Norck, Sebastian; Mössner, Samuel

Veröffentlichungsversion / Published Version
Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Best, B., Schulze Dieckhoff, V., Klagge, B., Weck, S., Pütz, M., Schulz, C., ... Mössner, S. (2021). *Postwachstum und Raumentwicklung: Denkanstöße für Wissenschaft und Praxis.* (Positionspapier aus der ARL, 122). Hannover: Verlag der ARL. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-01225

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ARL
AKADEMIE FÜR
RAUMENTWICKLUNG IN DER
LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

Positionspapier aus der ARL 122

POSTWACHSTUM UND RAUMENTWICKLUNG

Denkanstöße für Wissenschaft und Praxis

ARL AKADEMIE FÜR RAUMENTWICKLUNG IN DER LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

Positionspapier aus der ARL 122

POSTWACHSTUM UND RAUMENTWICKLUNG

Denkanstöße für Wissenschaft und Praxis

Hannover 2021

In den Veröffentlichungen der ARL legen wir großen Wert auf eine faire, gendergerechte Sprache. Als Grundlage für einen gendersensiblen Sprachgebrauch dient der *Leitfaden gendergerechte Sprache in der ARL*.

Geschäftsstelle der ARL:
Dr. Martina Hülz, huelz@arl-net.de

Positionspapier aus der ARL 122

ISSN 1611-9983 (PDF-Version)
Die PDF-Version ist unter shop.arl-net.de frei verfügbar (Open Access)
CC_BY_SA 4.0 International

Verlag der ARL – Hannover 2021
Formales Lektorat: V. Mena Arias
Sprachliches Lektorat: C. M. Hein
Satz und Layout: G. Rojahn, O. Rose

Zitierempfehlung:
ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Hrsg.) (2021):
Postwachstum und Raumentwicklung – Denkanstöße für Wissenschaft und Praxis.
Hannover. = Positionspapier aus der ARL 122.
URN: https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-01225

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft
Vahrenwalder Str. 247
30179 Hannover
Tel. +49 511 34842-0
Fax +49 511 34842-41
arl@arl-net.de
www.arl-net.de

Dieses Positionspapier wurde von den Mitgliedern des Arbeitskreises „Postwachstumsökonomien“ der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft erarbeitet:

Dr. **Benjamin Best**, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGbmH

Heike Brückner, Stiftung Bauhaus Dessau

Dr. **Martina Hülz**, ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover

Prof. Dr. **Britta Klagge**, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

PD Dr. **Bastian Lange**, Universität Leipzig

Prof. Dr. **Samuel Mössner**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Geographie

Sebastian Norck, Stadt Bayreuth

PD Dr. **Marco Pütz**, Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Birmensdorf/Schweiz

Dr. **Anne Ritzinger**, Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung, Bereich Zentrale Aufgaben

Dr. **Benedikt Schmid**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Lehrstuhl für Geographie des Globalen Wandels

Prof. Dr. **Christian Schulz**, Universität Luxemburg, Fachbereich Geographie und Raumplanung

Viola Schulze-Dieckhoff, Technische Universität Dortmund, Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie der Fakultät Raumplanung

Dr. **Sabine Weck**, ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH

POSTWACHSTUM UND RAUMENTWICKLUNG

Denkanstöße für Wissenschaft und Praxis

Gliederung

1 Wovon sprechen wir? Die Postwachstumsdebatte
2 Was passiert gerade? Handlungsfelder für Postwachstum
3 Konsequenzen für die Raumentwicklung in Wissenschaft, Praxis und Ausbildung
Literatur

Kurzfassung

Dieses von Mitgliedern des Arbeitskreises „Postwachstumsökonomien" (2016–2020) der ARL verfasste Positionspapier ordnet die internationale Postwachstumsdebatte ein und diskutiert ihre Relevanz für die Raumentwicklung und die raumwissenschaftliche Forschung. Neben sektoralen Zugängen und Befunden werden konkrete Vorschläge zur Postwachstumsorientierung in Planung, Forschung und Lehre gemacht. Dabei wird zwischen kurzfristig erreichbaren Veränderungen und mittel- bis langfristig auszulegenden Maßnahmen unterschieden.

Schlüsselwörter

Postwachstum – Degrowth/Décroissance – sozial-ökologische Transformation – alternative Ökonomien – Gemeinwohlorientierung

Post-growth and spatial development: Food for thought for science and practice

Abstract

This position paper, drawn up by members of the ARL's Working Group on Post-Growth Economies (2016–2020), situates the international post-growth debate and discusses its relevance for spatial development and spatial science research. In addition to sectoral approaches and findings, the authors make concrete proposals for post-growth focuses in planning, research and teaching, distinguishing between changes that can be achieved in the short term and measures designed for the medium to long term.

Keywords

Post-growth – degrowth/décroissance – social-ecological transformation – alternative economies – common good

1 Wovon sprechen wir? Die Postwachstumsdebatte

In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren hat die Debatte um Postwachstum stark zugenommen. Wir verstehen Postwachstum als Sammelbegriff[1] für verschiedene Ansätze, Konzepte und Debatten, die sich mit alternativen und diversen Formen des Wirtschaftens sowie deren gesellschaftlichen Zusammenhängen befassen. Sie gehen dabei grundsätzlich über eine einseitige Fixierung auf das wirtschaftliche Wachstum hinaus. Postwachstum basiert auf einer Kritik an Wachstum als Ziel von

1 In der deutschsprachigen Debatte finden auch die international geläufigeren Begriffe Degrowth und Décroissance Verwendung, häufig als gleichwertige Synonyme, oft aber auch als nuanciertere Begriffe, die – wie im Falle der Degrowth-Bewegung – eine stark politisch-aktivistische Konnotation haben können.

Politik und Wirtschaft, an einer primär materiellen Wohlstandsdefinition und am Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßzahl für gesellschaftlichen Fortschritt. Postwachstum bedeutet, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen in Richtung mehr sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Wohlbefinden zu erreichen sowie gleichzeitig materielle, ressourcenzehrende Wachstumszwänge zu überwinden. Postwachstum ist nicht gleichzusetzen mit Rezession, Schrumpfungsprozessen oder sinkender Wirtschaftsleistung. Vielmehr vereint dieser Diskurs ablehnende Positionen zum paradigmatischen Glauben an Wachstum, also an illusorische Vorstellungen, dass die gegenwärtigen Produktionssysteme und Konsummuster zeitlich unbegrenzt und global wachsen könnten. Bis dato waren beispielsweise „Green Economy"-Strategien, die vor allem auf Effizienzgewinne durch technologische Innovationen setzen, nicht in der Lage, einen absoluten Rückgang globaler Ressourcenverbräuche zu erreichen („Entkopplungsmythos").

Es existieren unterschiedliche Vorstellungen und Konzeptionen von Postwachstum. Die Vielfalt des Begriffs erachten wir als konzeptionelle Stärke, da allen Ansätzen gemeinsam ist, dass sie auf unterschiedlichen Wegen mit traditionellen Vorstellungen von (ökonomischem) Wachstum brechen (s. Überblick in Schmelzer/Vetter 2019). Dabei geht es nicht vorrangig um Verzicht oder darum, dass grundsätzlich kein materielles Wachstum mehr möglich sein soll. Vielmehr sollen wirtschaftliche Prozesse im direkten Bezug zu den Bedürfnissen von Mensch und Natur gedacht werden (z.B. alternative Arbeitszeitmodelle, suffizienzorientierter Konsum, Zeitwohlstand, Achtsamkeit, Konvivialität, intakte Ökosysteme etc.).

Postwachstumsansätze machen räumliche Differenzierungen notwendig. Neben einem Plädoyer für die Verringerung von Produktion und materiellem Konsum in Ländern des globalen Nordens gibt es gute Gründe, benachteiligten Regionen zunächst auch weiterhin ein konventionelles Wachstum zuzugestehen („pro-poor growth") – dieses Wachstum jedoch nicht im Sinne eines klassischen Entwicklungsverständnisses zu forcieren, sondern eine global gerechtere Verteilung von Wohlstand und Ressourcenzugang ist ein wichtiges Anliegen der Postwachstumsdebatte.

Wie andere Wissenschaftsdisziplinen auch, sind die Raum- und Planungswissenschaften aufgefordert, sich differenziert mit alternativen Wirtschaftsprozessen zu befassen und sich zu positionieren, da sie Einfluss auf die konkrete Raumplanungspolitik haben und sich ihre Positionierung langfristig auf Gesellschaft und Wirtschaft auswirkt. Während die begriffliche und konzeptionelle Debatte über Postwachstum in vollem Gange ist, dominieren in der raumbezogenen Planung und Politik nach wie vor traditionelle Vorstellungen von Wachstum. Dabei ist gerade die räumliche Planung – auf allen Maßstabsebenen der Orts-, Regional- und Landesplanung – gefordert, Voraussetzungen für postwachstumsorientierte Entwicklungspfade zu schaffen.

Das Netzwerk der ARL beteiligt sich an der Debatte um Postwachstum:

> ARL-Kongress 2019,

> Dortmunder Konferenzen Raum- und Planungsforschung 2018 und 2020,

> Arbeitskreise „Postwachstumsökonomien" und „Nachhaltige Raumentwicklung für die große Transformation",

> Arbeitsgruppe des Jungen Forums „Postwachstum in ländlichen Räumen" (s. Schulz 2017 und Pütz/Mössner/Lange 2019).

Hingewiesen sei auch auf zwei umfangreichere Publikationen, die von den Mitgliedern des Arbeitskreises „Postwachstumsökonomien" gestaltet wurden (Lange/Hülz/Schmid et al. 2020 sowie der Band 159 der Zeitschrift *politische ökologie* zum Thema „Möglichkeitsräume").[2]

2 https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5180-5/postwachstumsgeographien/ (Open Access) (03.06.2021). https://www.oekom.de/ausgabe/moeglichkeitsraeume-80750 (03.06.2021).

Mit diesem Positionspapier möchten wir einen explizit raumbezogenen Beitrag zur Postwachstumsdebatte leisten. Wir skizzieren den aktuellen Stand der Diskussion um Postwachstum und Raumentwicklung in sieben wichtigen Handlungsfeldern. Daraus ziehen wir Schlussfolgerungen für die Raumentwicklung in Wissenschaft, Praxis sowie Aus- und Weiterbildung.

2 Was passiert gerade? Handlungsfelder für Postwachstum

Bereits heute existieren zahlreiche Initiativen und Projekte, die sich als Teil einer Postwachstumsökonomie verstehen oder dazugezählt werden können. Sie sind oft Teil der Kreativwirtschaft, der Resilienz- sowie der Sharing-Ökonomie und heutzutage in fast allen Städten präsent. Co-Working-Spaces, Hacker- und Maker-Spaces (offene Hightech-Werkstätten zum Selbermachen), sozialökologische Unternehmen, Repair Cafés, Tauschringe, solidarische Landwirtschaften oder urbane Gärten entstehen vielerorts als Gemeinschaften, die Arbeit an Gemeinwohl, Glück und einem sozial-ökologischen Gleichgewicht ausrichten. Die Betreiber/innen verbinden bürgerschaftliches Engagement und postkapitalistische Arbeits- und Produktionsverhältnisse. Hier werden nicht nur nützliche Dinge und Dienste hergestellt, sondern es wird auch einer Community Raum gegeben, die sich gegenseitig unterstützt und vertraut, die Wissen austauscht und gut vernetzt ist. Mit dem Begriff Postwachstum können viele Initiativen assoziiert werden, die sich dadurch auszeichnen, dass sie weiterverwerten statt wegwerfen, gemeinschaftlich nutzen, teilen, schenken, leihen, regionale und alternative Wertkreisläufe schaffen, kooperativ und partizipativ organisiert sind.

Im Folgenden werden verschiedene Handlungsfelder der Postwachstumsdebatte skizziert.

Landwirtschaft und Ernährung

Aus raumbezogener Postwachstumsperspektive lassen sich für den Bereich Landwirtschaft und Ernährung einige Ansätze auf kommunaler und regionaler Ebene nennen, die in der Regel aus zivilgesellschaftlichen Initiativen entstanden sind und der Forderung nach mehr Transparenz und Suffizienz bei Produktion und Konsum von Lebensmitteln entspringen. Im Rahmen der solidarischen Landwirtschaft schließen sich Verbraucherinnen/Verbraucher mit Erzeugerinnen/Erzeugern landwirtschaftlicher Produkte in der städtischen Peripherie bzw. im ländlichen Raum zusammen. Produzentinnen/Produzenten und Konsumentinnen/Konsumenten teilen sich die Vorinvestitionen, das Risiko schwankender Erträge und die Ernte.

Praktiken wie interkulturelles und urbanes Gärtnern, solidarische Landwirtschaft, „Essbare Stadt", Selbsternte-Unternehmen und Foodsharing sind inzwischen populär geworden und in jeder größeren Stadt und deren Umland verbreitet. Sie zeigen eine Bandbreite an Organisationsformen, weltanschaulichen Hintergründen, involvierten Akteuren und Zielgruppen. In interkulturellen Gärten und Urban-Gardening-Projekten steht vielfach das gemeinschaftliche Gärtnern im Vordergrund; es gibt jedoch auch Ansätze, die auf eine breitere Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten abzielen. Als „Essbare Stadt" bezeichnen sich eine Reihe von Projekten, bei denen der öffentliche Raum für den Anbau von Lebensmitteln genutzt wird. Selbsternte-Unternehmen bieten kollaborativen Konsum an. Foodsharing ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die Lebensmittel vor der Mülltonne rettet und öffentlich verteilt.

Aus Postwachstumsperspektive tragen diese Formen der Landwirtschaft in Stadt und Land dazu bei, Transportwege zu verringern, Produzenten und Konsumenten zu vernetzen sowie Wissen und Souveränität über die Lebensmittelversorgung zu erweitern. Sie leisten einen Beitrag zu einer Entwicklung ohne steigenden Ressourcenverbrauch. In Teilen ähneln sie bereits im Rahmen der Nachhaltigkeitsdiskussion vorgebrachten Ansätzen, wie regionaler Kreislaufwirtschaft und ökologischer Regionalvermarktung oder traditionellen Formen der Kleingartenbewirtschaftung. In der Regel gehen sie jedoch weiter in ihrem Anspruch, nicht auf monetäres Wachstum ausgerichtet zu sein, sondern soziale Werte (Gemeinschaft, Sinn, Konvivialität) zu „produzieren". Diese Initiativen stel-

len erste Alternativen zum in Landwirtschaft und Ernährung notwendigen Systemwechsel dar und können als Vorboten und Impulsgeber einer postwachstumsorientierten landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion gesehen werden.

Eine postwachstumsorientierte Ausrichtung von Landwirtschaft und Ernährung setzt grundlegende systemische Veränderungen voraus, verbunden mit einer Abkehr von industrieller Produktion sowie einer Ausrichtung auf suffizienzorientierten Konsum. Hierfür sind politische Weichenstellungen notwendig und ein gesellschaftliches Bewusstsein für die lokalen und globalen Konsequenzen von Ernährungs- und Konsumgewohnheiten. Zu den politischen Handlungsfeldern gehört ein grundsätzliches Umdenken in der Agrar-Subventionspolitik, die hier wichtige Steuerungswirkung entfalten könnte. Auch hinsichtlich neuer Formen urbaner Landwirtschaft ist planerisches Umdenken gefordert. Angesichts der Preisentwicklung und Knappheit zugänglicher Pachtflächen herrscht zudem Handlungsbedarf im Bereich des Bodeneigentums (s. Kap. 3.).

Wohnen

Postwachstumsorientierte Initiativen im Bereich Wohnen reichen von Zwischennutzungen und kollektiven Wohnformen (Bau- und Wohngruppen, Mietshäusersyndikate, Genossenschaften etc.) bis hin zu nachhaltigkeitsorientierten und architektonischen Innovationen (für einen Überblick s. z. B. Nelson/Schneider 2019). Ein auch außerhalb der Postwachstumsdebatte schon länger diskutierter Punkt ist der Ressourcen- und Energieverbrauch von Bauen und Wohnen. Gefragt sind hier vor allem Innovationen für Gebäude und Infrastruktur. Neue Wohnkonzepte können flexiblere und damit effizientere Nutzungen ermöglichen, Gemeinschaftsflächen reduzieren den individuellen Flächenverbrauch und vermindern gesellschaftliche Individualisierung.

Steigende Immobilienpreise und Wohnungsknappheit werfen Gerechtigkeitsfragen auf: Wem gehören Boden und Wohnraum? Wie können sich alle Bevölkerungsschichten Wohnraum (v. a. in Städten) leisten? In der Postwachstumsdebatte wird Wohnen als Menschenrecht und Grundbedürfnis gesehen, weshalb Wohnungen nicht zu finanziellen Spekulationsobjekten werden sollten. Daher können Genossenschaften oder andere gemeinnützige Wohnbauträger eine wichtige Rolle für ein Mehr an Gerechtigkeit in der Stadt spielen. Deren Ziel ist es, ökologisch und sozial nachhaltigen Wohnraum anzubieten. Oft sind sie auch Pioniere für einen Wandel bestehender Wohnformen. Sie lassen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern in der Regel viel Mitspracherecht bei der Gestaltung des Wohnumfelds. Da die gemeinnützigen Bauträger das Land und die Liegenschaften der Spekulation entziehen und Wohnraum nach dem Prinzip der Kostenmiete anbieten, sind die Wohnungen für die meisten Bevölkerungsschichten bezahlbar und in der Regel günstiger als auf dem klassischen Wohnungsmarkt.

Neben gemeinnützigen Bauträgern als postwachstumsorientierte Organisationsformen braucht es auch technische, infrastrukturelle, architektonische und städtebauliche Innovationen. Wohlgemuth/Pütz (2020) schlagen folgende Kriterien für postwachstumsorientiertes Wohnen vor: Innenentwicklung, Begrenzung der individuellen Wohnfläche, hohe soziale Dichte, hohe Interaktion durch architektonische und organisatorische Maßnahmen, Nutzungsmischung, diverse Bevölkerung, Energiesuffizienz und Ressourcenschonung, Grünräume, Aneignungsflächen für freie Gestaltung, Partizipation sowie bezahlbare Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten.

Urbane Produktion

Der Begriff „Urbane Produktion“ wird seit mehreren Jahren synonym für die Rückkehr von Produktionsprozessen in den Verdichtungsraum der Stadt verwendet (s. auch das Leitbild „Produktive Stadt“ der Leipzig-Charta 2020). Diese Verlagerung und zum Teil Neuerfindung hat in vielfacher Hinsicht Relevanz für eine postwachstumsorientierte Raumentwicklung. Während des Industrialismus sorgte zunächst das Prinzip der Funktionstrennung in der Stadtplanung für die Verlagerung von produzierenden Betrieben an den suburbanen oder peri-urbanen Rand, weil die industrielle Produktion mit Lärm, Abgasen, Lieferverkehr und Flächenverbrauch verbunden war.

Heute wird die Diskussion um die Rückkehr der Produktion ganz wesentlich durch digitale Technologien (Industrie 4.0) dynamisiert. Sie spielen eine zentrale Rolle in der Entstehung neuer wissensbasierter Produktionskontexte in der Stadt. Zum einen geht der Trend in den hochentwickelten Industrieregionen weg von der Massenproduktion (an verlängerten Werkbänken) und von der Großserienfertigung hin zur flexibleren Produktion in kleineren Mengen („Prototypen"), mit denen kurzfristig auf wechselnde Trends reagiert werden kann. Dafür ist die Nähe zum Absatzmarkt und zu den Konsumentinnen/Konsumenten sowie eine direkte Interaktion mit ihnen wichtig. Zum anderen erlauben neue Technologien eine emissionsärmere Produktion, die nicht mit Belastungen für Anwohner/innen einhergehen muss.

Aus Stadtentwicklungsperspektive spricht viel dafür, die Produktion in der Stadt zu halten. Schließlich verkürzen sich die Wege, wenn Wohnen und Arbeiten (für die Beschäftigten) stärker zusammengebracht werden können. Und mit lokal eingebetteten Betrieben verbindet sich auch die Hoffnung auf höhere lokale Wertschöpfung, Kreislaufwirtschaft und robuste städtische Ökonomien.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass „Urbane Produktion" vielfältig ist und unterschiedliche Cluster abbilden kann: Neben der Industrieproduktion zählen auch Manufaktur und Reparaturkontexte und urbane Landwirtschaft dazu. Maker-Spaces, Maker-Fairs, Fablabs oder offene Werkstätten können als Pioniere eines anderen Wirtschaftens gelten. Als städtische Manufaktur und Reparatur sind sie stärker durch Logiken der Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung geprägt. Ganz wesentlich bei der Urbanen Produktion ist jedoch ihre Rückbindung an Wissensproduktion und deren institutionelle Kontexte wie Wissenschaft und Forschung: Prototypenbau, Kleinstserien und kontinuierliche Anpassung weisen darauf hin, dass Produktion in Städten vielfältiger wird, kleinteilig bleibt und dadurch Funktionsmischungen wichtiger werden. Zur Urbanen Produktion gehören auch klassische Handwerksbetriebe und (Reparatur-)Dienstleister, die eine Aufwertung bzw. neue Bedeutung in sich wandelnden Liefer- und Nutzungsbeziehungen erfahren können. Reparatur und andere „After-Sale"-Aktivitäten können zudem das Leistungsspektrum des sich neu orientierenden Einzelhandels ergänzen.

Energie

Die Energieversorgung aus fossilen Energieträgern sowie ein hoher (und stetig wachsender) Energie- und Ressourcenverbrauch sind zentrale Merkmale „entwickelter" Wachstumsgesellschaften. Zwar kann ein wachsender Anteil dieses Verbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt werden, allerdings liegt eine vollständige Umstellung noch in weiter Ferne. Insbesondere in der Wärmeversorgung und im Bereich der Mobilität spielen erneuerbare Energien bisher nur eine untergeordnete Rolle.

Mit der fortschreitenden Energiewende ist zudem deutlich geworden, dass auch erneuerbare Energien unerwünschte Nebeneffekte haben. Dazu gehören unter anderem der Verbrauch endlicher Ressourcen für die Anlagen (z. B. Lithium), negative ökologische und soziale Auswirkungen an den Orten des Rohstoffabbaus und der Strom- und Wärmeerzeugung sowie die Fortschreibung existierender Besitzstrukturen durch einen Fokus auf Großprojekte.

Aus Postwachstumsperspektive muss die Energiewende daher auch die Verringerung des gesamten Strom- und Wärmeverbrauchs umfassen. In diesem Zusammenhang werden „Energiesparen" und Energieeffizienz häufig als Ausweg gesehen, um unseren postindustriellen Lebensstil bei verringertem Ressourcenverbrauch (z. B. durch strom-sparsamere Geräte) aufrechtzuerhalten. Jedoch zeigen die bisherigen Entwicklungen, dass erzielte Effizienzgewinne meist durch erhöhten Konsum ausgeglichen oder bzw. sogar davon übertroffen wurden (Rebound-Effekt). Ein gesellschaftlich wünschenswerter Rückgang des Energie- und Ressourcenverbrauchs erfordert damit nicht nur die Umstellung auf erneuerbare Energien (Konsistenzstrategie) sowie sparsamere Geräte und Anwendungen (Effizienzstrategie), sondern auch Anstrengungen, den Gesamtverbrauch zu senken (Suffizienzstrategie) (Klagge 2021).

In diesem Sinne ist der „Energy Descent Action Plan“ ein interessanter Anknüpfungspunkt für die Postwachstumsdebatte: Dabei geht es um eine freiwillige Absenkung des gesellschaftlichen Energieverbrauchs – der Ausgangspunkt vieler Transition-Town-Initiativen[3], die inzwischen weltweit verbreitet, aber, wie viele andere Postwachstumsinitiativen, bisher nur Nischenprojekte sind.

Ein weiterer Kritikpunkt aus Postwachstumsperspektive ist die Zentralisierung von Stromerzeugungskapazitäten durch Großprojekte und damit zusammenhängende Besitzstrukturen. Energiegenossenschaften, die neben der erneuerbaren Stromerzeugung häufig weitere energie- und ressourcensparende Aktivitäten und (Modell-)Projekte verfolgen, sind hier ein vielversprechender Anknüpfungspunkt. Durch dezentrale Kooperationsmodelle wird sowohl eine finanzielle Teilhabe als auch eine höhere Mitwirkung von und Transparenz gegenüber Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht.

Auch wenn solche Projekte über den lokalen Kontext hinaus Wirkung entfalten (können), ist eine umweltverträgliche und ressourcenschonende Energieversorgung nicht allein auf lokaler Ebene zu bewältigen. Vielmehr bedarf es politischer Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene, die – im Sinne des Postwachstumsgedankens – neben Konsistenz- und Effizienz- zukünftig verstärkt Suffizienzstrategien berücksichtigen. Das heißt u.a., den internationalen Kohleabbau zu reduzieren (insbesondere durch den Stopp von Subventionen), die Abholzung von Primärwäldern u.a. für den Anbau von Energiepflanzen zu unterbinden sowie verstärkt dezentrale und genossenschaftliche Modelle zu fördern (z.B. durch Steuervergünstigungen und Einspeisetarife).

Mobilität

Postwachstumsbezogene Veränderungen im Verkehrssystem werden bislang vor allem aus einer ökologischen Perspektive diskutiert, da der Verkehr aufgrund anhaltend hoher Treibhausgasausstöße und einer weitgehenden Ölabhängigkeit stark zum Klimawandel und zur Ressourcenverknappung beiträgt.

Rein technische Maßnahmen wie die Steigerung der Elektromobilität im Individualverkehr werden aufgrund von Verlagerungseffekten (Rohstoffbedarf verlagert sich von Erdöl z. B. auf seltene Metalle für Batterien) allein keine zufriedenstellende Lösung bieten. Vielmehr ist nach Optionen zu suchen, mit denen Verkehr insgesamt vermieden werden kann (vgl. Haas 2018: 16 ff.): Der Raumüberwindungsbedarf und damit das Verkehrsaufkommen könnte durch die Ausbreitung postwachstumsorientierter Wirtschaftsformen reduziert werden, indem beispielsweise haushaltsnahe, gemeinschaftliche Formen der landwirtschaftlichen Produktion für den eigenen Bedarf oder für Formen der „Urbanen Produktion“ verwirklicht werden (s. oben).

Unter den Bedingungen von Postwachstum hat neben der verkehrsmindernden Wirkung von Subsistenz vor allem Suffizienz im Mobilitätsverhalten eine besondere Bedeutung. Ein suffizientes Mobilitätsverhalten ist an einer Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs ausgerichtet. Um diese Verringerung zu erreichen, stehen verschiedene Strategien zur Verfügung:

> Verkürzung der Wege (z.B. in dichten und funktionsgemischten Quartieren, die ein enges Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten sowie eine möglichst wohnortnahe Versorgung ermöglichen, oder durch verkürzte, regionalisierte Produktionsketten)

> Verringerung der Anzahl der erforderlichen Wege (z.B. durch weitgehend ortsunabhängige Telearbeit oder durch eine Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit insgesamt)

> Wahl eines Verkehrsträgers, der einen möglichst geringen Energieverbrauch und möglichst geringe Treibhausgasemissionen verursacht (d.h. vor allem in Städten eine Abkehr vom motorisierten Individualverkehr zugunsten von Fuß- und Radverkehr sowie öffentlichem Personen-

3 https://www.transitionculture.org/essential-info/pdf-downloads/energy-descent-pathways/ (24.06.2021).

nahverkehr bzw. eine Erhöhung der Auslastung und der Fahrzeugnutzung im Autoverkehr, z. B. durch Mitfahrgelegenheiten oder Carsharing).

Mit allen drei Strategien gehen raumplanerische Anpassungsbedarfe einher. Konkret sind dies die vorrangige Planung von Infrastruktur für Fuß- und Radverkehr, aber auch Veränderungen in der Siedlungsstruktur insgesamt. Im Sinne des Postwachstumsgedankens ist neben einer Verlängerung der Lebenszyklen der Infrastruktur auf eine Reduzierung des Flächenbedarfs für den Verkehr zu achten.

Sharing Economy

Dem Teilen (Sharing) wird in der Postwachstumsdebatte eine besondere Bedeutung beigemessen. Und in der Tat, das gemeinschaftliche Nutzen von Fahrzeugen (Carsharing, Bikesharing), Büroräumen (Co-Working-Spaces), landwirtschaftlichen Nutzflächen (Urban Gardening, Solidarische Landwirtschaft), aber auch von Werkzeugen, Spiel- und Sportgeräten, Kleidungsstücken und vielen anderen Gebrauchsgegenständen kann gegenüber Privateigentum und exklusiver Nutzung erheblich Ressourcen sparen. Weniger Einheiten desselben Guts bedeuten weniger Materialeinsatz in der Herstellung, effizientere Nutzung von Energie und verringerten Aufwand in der Instandhaltung. Neben der Ressourcenersparnis ergeben sich zudem neue Geschäftsfelder, die den veränderten Konsumformen Rechnung tragen. Dieses Potenzial ist längst auch wirtschaftspolitisch erkannt, weshalb z. B. die Europäische Union die sogenannten kollaborativen Wirtschaftsformen explizit fördert (EU Kommission 2016).

Beschleunigt wurde die jüngere Dynamik der *Sharing Economy* nicht nur durch sich verändernde Nachfragemuster, sondern vor allem durch die Verfügbarkeit einschlägiger Internetplattformen und Smartphone-Applikationen, die Teil- und Tauschangebote niederschwellig zugänglich machen. Damit ging jedoch auch eine großmaßstäbliche Kommerzialisierung mancher Formate einher, die der unterstellten Postwachstumsorientierung des Teilens durchaus zuwiderlaufen kann.

Bei der Bewertung des sozial-ökologischen Veränderungspotenzials der *Sharing Economy* ist demnach Vorsicht geboten. Zumindest bedarf es einer kritischen Differenzierung der verschiedenen Praxisformen. Zum einen unterscheidet sich die Motivlage etwa eines kommunitär organisierten, lokalen Formats von der einer internationalen und kommerziell betriebenen Teilplattform. Bei Letzterer ist zu hinterfragen, ob es sich tatsächlich um ein Teilen handelt oder doch eher um eine neue Form von Leih- und Leasingsystemen (z. B. Carsharing-Angebote großer Automobilhersteller), um die Kommodifizierung zuvor nicht marktlich betriebener Teilformate (z. B. von Couch-Surfing zu Airbnb) oder um sozial- und arbeitsrechtlich bedenkliche Formate der Scheinselbstständigkeit (z. B. Fahrdienste wie Uber). Diese Beispiele haben mit der Idee des Teilens wenig zu tun, weshalb sie in der Debatte um die negativen Facetten der Plattformökonomie als Pseudo-Sharing bezeichnet werden (Belk 2017). Zum anderen sind manche Teilformate hinsichtlich der unterstellten Ressourcenersparnis kritisch zu bewerten, wenn z. B. qualitativ minderwertige Leihräder mit kurzer Lebensdauer in großer Zahl in deutschen Innenstädten auftauchen oder neue Angebote wie etwa E-Roller nicht nur Material binden, sondern sogar zusätzliche Verkehre und damit höhere Energieverbräuche induzieren, ohne substanziell zu einer Reduzierung des Kfz-Verkehrs beizutragen.

Planen und Bauen

Zunehmend wird deutlich, dass die vorliegenden Planungsinstrumentarien, die sich überwiegend am Ziel des wirtschaftlichen Wachstums orientieren, nur bedingt geeignet sind, um auf die aktuellen Herausforderungen der Planung zu reagieren. Auf Forderungen nach mehr Partizipation und Verfahrenstransparenz, Klimasensibilität und Nachhaltigkeit, aber auch auf die Umsetzungen einer postwachstumsorientierten Planung wird noch zu wenig eingegangen. Eine Anpassung der Planungsinstrumente bleibt bislang aus, und sowohl Baugesetzbuch als auch die Raumordnungsgesetze entziehen sich weitgehenden Reformen. Im Gegenteil: Auswüchse wie etwa der Paragraph 13a und b des BauGB, mit dessen Hilfe die fortschreitende Flächenversiegelung durch wenig plau-

sible Verweise auf Innenentwicklung und die vermeintliche Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sogar im Außenbereich legitimiert wurde, verdeutlichen die immer noch einseitige Orientierung der Planung und die untergeordnete Bedeutung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz gegenüber den ökonomischen Zielen.

Aspekte wie Suffizienz und soziale Gerechtigkeit spielen in der Praxis der Raumplanung – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Rolle. Es sind weiterhin die Infrastrukturen des Wachstums – Wohn- und Gewerbegebiete, Verkehrsstraßen für den motorisierten Individualverkehr sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Städten und ihrem Umland –, die im Vordergrund planerischer Tätigkeit stehen. Die Probleme neoliberaler Planung und Raumentwicklungspolitik, wie etwa die Deregulierung oder Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen, werden zunehmend thematisiert, etwa in der Debatte über öffentliches vs. privates Bodeneigentum, Wohnungsmärkte und die Rolle des Staates.

Eine an Postwachstum orientierte Planung äußert zudem Kritik an expertengetriebenen Entscheidungsstrukturen, die zwar partizipative Ansätze strategisch-legitimierend befürworten, nicht aber die offene politische Aushandlung unterstützen. In den letzten Jahren haben sich zahlreiche Initiativen in der Öffentlichkeit formiert, deren Meinungen und konstruktive Ansätze von der Planung nur als Protest oder NIMBY-Bewegung thematisiert wurden. Damit ignoriert und verzichtet unser Planungssystem auf zentrale und inspirierende Ressourcen, die Anstöße für eine angepasste Planungspraxis geben können.[4] Zugleich sieht eine an den Gedanken von Postwachstum orientierte Planung die Öffnung und Flexibilisierung von Verwaltungsvorgängen und Entscheidungsprozessen vor, sodass alternative und nonkonforme Ideen und Ansätze Eingang in planerische Überlegungen und Zugang zu Förderungen durch öffentliche Stellen erhalten können.

Bestehende und starke Instrumente – etwa im Bereich der Städtebauförderung – sollten flexibel einsetzbar sein und auch Ziele jenseits des „Bauens“ und „Entwickelns“ umfassen. Der derzeitige und immer noch starke Fokus auf Städte und Kommunen als räumliche Container sollte zugunsten relationaler Modelle abgelöst werden. Prinzipien wie Zentralität und Subsidiarität müssen dann stellenweise und situativ aufgegeben werden können. Konzeptionelle Überblicke und empirische Praxisbeispiele mit Bezügen zu Planung und Beteiligungsverfahren bietet der Sammelband von Brokow-Loga/Eckardt (2020).

3 Konsequenzen für die Raumentwicklung in Wissenschaft, Praxis und Ausbildung

Aus den hier behandelten Themenfeldern und Beispielen lässt sich ein unmittelbarer Handlungsbedarf für die Raumentwicklungspolitik und -planung ableiten. Auch Forschungslücken und Klärungsbedarfe werden offenbar, die die raumwissenschaftliche Forschung und ihre Modellbildung herausfordern. Beides wirft zudem die Fragen auf, wie Lehr- und Ausbildungsinhalte nicht nur um Postwachstumsansätze zu erweitern sind, sondern auch an welcher Stelle eine grundsätzliche Gegenpositionierung zum Wachstumsparadigma erfolgen kann.

Eine Reihe von Aspekten treten in mehreren, wenn nicht in allen der genannten Themenfelder zutage. Dazu gehört beispielsweise die Frage nach der transformativen Wirkmächtigkeit der genannten Initiativen, denen allzu oft ein Nischencharakter zugeschrieben und deren Skalierbarkeit angezweifelt wird. Tatsächlich werden kleinere lokale Initiativen wie Urban Gardening, Tauschringe oder Foodsaver oft zugleich bewundert und belächelt, Letzteres ob ihrer vermeintlich marginalen Bedeutung im Gesamtkontext etwa der Ernährungswirtschaft. Kritisch-boshafte Zuschreibungen wie „Hobbyprojekte städtischer Eliten“ verkennen jedoch zweierlei.

4 http://postwachstumsplanung.de/wp-content/uploads/2019/07/Lamker-SchulzeDieckhoff_Sechs-Thesen-einer-Postwachstumsplanung_online.pdf (03.06.2021).

Zum einen handelt es sich bei vielen der Initiativen nicht mehr um die kleinen Pflänzchen, als die sie gerne bezeichnet werden. Größere Kooperativen der urbanen Landwirtschaft, neue Einkaufsgemeinschaften und innovative Vertriebsformen machen aus ihnen eine ernstzunehmende, an Bedeutung gewinnende und zunehmend Versorgung sichernde Sparte.

Zum anderen muss Skalierung nicht zwingend Wachstum einzelner Initiativen heißen. Skalierung kann auch horizontal erfolgen, durch Nachmachen und Replizieren erfolgreicher Modelle an anderen Orten. Dabei handelt es sich selten um vollständige Kopien des Vorbilds; vielmehr bietet sich die Möglichkeit, sowohl den lokalen Kontext zu berücksichtigen als auch aus den Erfahrungen der Vorbilder zu lernen und die jeweilige Grundidee weiterzuentwickeln.

Ferner steigt mit der wachsenden Verbreitung und Bedeutung postwachstumsorientierter Ansätze offenkundig ihre Sichtbarkeit und Anerkennung bei Bevölkerung und den Medien. Zunehmend stellt sich auch in Teilen der Politik ein Bewusstseinswandel ein, etwa wenn städtische Verwaltungen Fachstellen für urbane und solidarische Landwirtschaft einrichten oder wenn kommunale Parlamente für die Einrichtung von Ernährungsräten votieren. Was jedoch noch weitgehend fehlt, ist eine formale Anerkennung der Aktivitäten. Dies betrifft erstens die Systematik der klassischen Wohlstands- und Wachstumsmessung, deren Indikatorik (BIP, Arbeitsplätze, Patente, F&E-Ausgaben) auf einseitige quantitative Merkmale verweist. Leistungen nicht formal verfasster Unternehmen und Organisationen sind tendenziell unterrepräsentiert, ehrenamtliche Tätigkeiten und private Sorgearbeit werden sogar ganz übersehen, obwohl sie konstitutive Elemente des gesellschaftlichen Wohlstands sind.

Zweitens fehlt es in der räumlichen Planung vielerorts an Anerkennung der transformativen Rolle der Initiativen. Sowohl die formale Landes- und Regionalplanung als auch die strategischen Konzepte zur Regionalentwicklung bleiben einem etablierten Spektrum wachstumsorientierter Erfolgskriterien verbunden. Dies spiegelt sich nicht nur in den planerischen Leitbildern und Entwicklungszielen einseitig wider, sondern kann auf allen Ebenen der räumlichen Planung innovative Ansätze verhindern – dann etwa, wenn sich Kommunen schwertun, in der Bauleitplanung rechtliche Voraussetzungen für hybride und kollaborative Formen des Wirtschaftens oder Wohnens zu schaffen.

Die Engführung von Indikatorik und Leitbildern hat nicht zuletzt mit der etablierten Fachterminologie zu tun. Zentrale Begriffe werden zumeist einseitig verstanden: „Innovation“ wird vornehmlich mit technologischem und allenfalls organisatorisch-prozeduralen (Logistik, Lieferketten usw.) Entwicklungen gleichgesetzt, eher selten mit sozialen Innovationen, wie sie oben beschrieben wurden. Als „Unternehmen“ wird gemeinhin nur das formal verfasste, am Markt teilnehmende Wirtschaftsunternehmen verstanden, nicht jedoch andere Formen von Unternehmungen. Und auch für den Begriff „Wirtschaft“ lässt sich eine Reduktion auf marktbasierte Transaktionen und BIP-relevante Messzahlen angesichts des hybriden Charakters vieler (traditioneller sowie innovativer) Versorgungsstrukturen nicht begründen.

Ein dritter und letzter Themenkomplex, der sich quer durch die genannten sektoralen Beispiele zieht und zu den im wörtlichen Sinne grundlegenden Gegenständen räumlicher Planung gehört, ist die Frage des Bodeneigentums bzw. der Verfügbarkeit von Boden. Auch diese Debatte ist in den Raumwissenschaften und der Planung nicht neu, hat aber in den letzten Jahren – nicht zuletzt aufgrund neoliberaler Auswüchse im Immobiliensektor und damit zusammenhängender Wohnraumverknappung für größer werdende Teile der Bevölkerung – eine neue Dynamik bekommen (Hesse 2018; Brokow-Loga/Eckardt 2020). Sozialpolitische Schieflagen im Wohnungsbau, aber auch grundsätzliche Fragen nach der Gestaltbarkeit der Stadt und der Nutzung des öffentlichen Raums machen eine Neubewertung des Verhältnisses von Eigentums- und Nutzungsrechten nötig (Hertweck 2020). Bemerkenswerte Impulse setzte hier etwa die „Bodenpolitische Agenda 2020–2030“ des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (Difu/vhw 2017).

Alternative Indikatorensysteme

Die Debatte um alternative Indikatorensysteme ist fast so alt wie die Kritik am BIP (Costanza/Kubiszewski/Giovannini et al. 2014) und kann hier nur sehr knapp zusammengefasst werden. Zu den Vorreitern (bis heute) zählt der von Pionieren der Ökologischen Ökonomik entwickelte **Index of Sustainable Economics Welfare – ISEW** (Daly/Cobb 1989) und seine Weiterentwicklung zum **Genuine Progress Indicator – GPI** (Kubiszewski/Costanza/Franco et al. 2013). Anders als das BIP berücksichtigt er soziale Verteilungsaspekte und ergänzt sozio-ökonomische Indikatoren um Daten zur Luft- und Wasserverschmutzung, zu Lärmemissionen sowie zu Ressourcen-, Flächen- und Landschaftsverbrauch. Ferner fließen Pendlerzahlen, Autounfälle, Urbanisierungsprozesse sowie langfristige Kosten für Umweltschäden mit ein. Auch der Wert unbezahlter Hausarbeit wird geschätzt.

Mit Aufkommen der Postwachstumsdebatte Mitte der 2000er Jahre erlangte der **Happy Planet Index** eine gewisse Popularität. Er berücksichtigt u. a. die Lebenserwartung, die Lebenszufriedenheit sowie den Ökologischen Fußabdruck eines Landes.[1] Am Wohlergehen orientiert sich ebenfalls der **Better Life Index** der OECD, der im Nachgang zur Finanzkrise 2008 aufgelegt wurde.[2] Größere Praxisrelevanz haben in jüngster Zeit vor allem zwei Ansätze: a) das Konzept der Gemeinwohlökonomie, dem sich eine wachsende Zahl von Kommunen, Regionen und Unternehmen verschrieben hat und das mit der **Gemeinwohlbilanz** ein leistungsfähiges Monitoringsystem anbietet;[3] b) das pädagogisch und visuell eingängige Prinzip der **Doughnut-Ökonomie**, das z. B. von der Stadt Amsterdam auf regionaler Ebene eingesetzt wird.[4]

1 http://happyplanetindex.org/ (03.06.2021)
2 http://www.oecdbetterlifeindex.org/ (03.06.2021)
3 https://web.ecogood.org/de/unsere-arbeit/gemeinwohl-bilanz/ (03.06.2021)
4 https://www.kateraworth.com/2020/04/08/amsterdam-city-doughnut/ (03.06.2021)

Aus diesen Problembereichen und Herausforderungen ergeben sich kurz- bis mittelfristige Handlungsnotwendigkeiten, die wir nachstehend umreißen möchten. Die aufgeführten Zugänge sind sicher nicht allumfassend, verdeutlichen jedoch den Anpassungsbedarf in einer großen Breite von Aktivitätsfeldern. Wenngleich uns die Trennung von Wissenschaft und Praxis bei raumrelevanten Themen oft zu künstlich und in der von zahlreichen lokalen Aktivitäten getragenen Postwachstumsdebatte sogar eher kontraproduktiv erscheint, sprechen wir nachfolgend die Planungspraxis und die raumwissenschaftliche Forschung zunächst getrennt an. Überschneidungen sind jedoch offenkundig und stärken das Argument für transdisziplinäre Zusammenarbeit, in der verschiedene Akteurinnen und Akteure mit vielfältiger Expertise gemeinsam Fragen und Antworten suchen und finden. Diese Perspektive sollte sich nicht zuletzt in der Aus- und Weiterbildung niederschlagen.

Handlungsnotwendigkeiten für Planung und Raumentwicklungspolitik

Kurzfristig

> Überdenken landes-, regional- und kommunalplanerischer Entwicklungsziele und Bewertungsmaßstäbe

> Nutzung der planungsrechtlichen Spielräume zur Ermöglichung neuer Wirtschafts- und Lebensformen

> Stärkere Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei Ausschreibungen

> Priorisierung nicht gewinnorientierter Akteure in der Raumentwicklung (z. B. Genossenschaften)

> Proaktive Begleitung gemeinwohlorientierter Initiativen und Unterstützung experimenteller Formate

> Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure nicht nur in der Projektplanung, sondern frühzeitig auf übergeordneter Ebene strategischer Überlegungen

> Vermittlung und Förderung des kreativen Austauschs zwischen Politik, Behörden, Unternehmen, Zivilgesellschaft, Kunst und Wissenschaft

> Integration alternativer Indikatorensysteme (z. B. Gemeinwohlbilanzierung oder Doughnut-Ökonomie) in die Planung und Entscheidungsfindung (s. Textbox)

> Umkehr von Privatisierung hin zu Rekommunalisierung von Versorgungsinfrastrukturen und Wohnraum

Mittelfristig

> Neuausrichtung der landes-, regional- und kommunalplanerischen Leitbilder an gemeinwohlorientierten und ressourcenneutralen (bzw. ressourcenpositiven) Entwicklungszielen

> Bewertung und Kontrolle der Landes-, Regional- und Kommunalplanung anhand nachhaltigkeits- und gemeinwohlorientierter Indikatoren

> Anpassung des Planungsrechts an die Erfordernisse einer postwachstumsorientierten Raumentwicklung

> Etablierung einer partizipativen Planungs- und Entscheidungskultur

> Etablierung von Public-Common Partnerships (PCP) anstelle von Public-Private Partnerships (PPP)

Handlungsnotwendigkeiten für die raumwissenschaftliche Forschung

Kurzfristig

> Hinterfragung von Terminologie, Konzepten, Methodik und eigener Rolle als Forschende

> Offene Diskussion normativer Leitbilder und Denkfiguren

> Erweiterung des Methodenspektrums um partizipative Verfahren der Koproduktion von Wissen

> Entwicklung von Strategien zur transdiziplinären Zusammenarbeit

> Verwendung alternativer Wohlstandsindikatoren

> Neuausrichtung der Aus- und Weiterbildung hinsichtlich einer postwachstumsorientierten Raumentwicklung

Mittelfristig

> Erweiterung bzw. Neuentwicklung von Konzepten, Theorien und Modellen

> Entwicklung adäquater Indikatorensysteme und Bewertungsmaßstäbe

> Erprobung und Verfeinerung neuer Forschungsmethoden

> Etablierung einer kritischen, reflexiven und transformativen Forschungspraxis

Selbstverständlich erzeugen die vorgenannten Empfehlungen und ihre Umsetzung auch einen **Veränderungsbedarf** in der Lehre, d.h. in der **Aus- und Weiterbildung** von Planerinnen/Planern und Raumwissenschaftlerinnen/Raumwissenschaftlern. Zu den kurz- bis mittelfristigen Handlungsempfehlungen zählen hier insbesondere:

> Stärkere Sensibilisierung für die negativen Folgen einer wachstumsorientierten Raumentwicklung

> Einbeziehung konzeptioneller Grundlagen und empirischer Befunde der Postwachstumsdebatte in die Grundlagenausbildung (die in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften neu entstandenen Studiengänge „Plurale Ökonomik" geben hier gute Beispiele)

> Erforschung/Begleitung innovativer/experimenteller Postwachstumsinitiativen in projektorientierten Seminaren und Fallstudien

> Erweiterung der Methodenausbildung um partizipative ethnographische Verfahren sowie um Moderations- und Backcasting-Techniken

Auch diese Liste ist nicht abschließend und soll – wie die übrigen Teile des Positionspapiers – zur Diskussion und Auseinandersetzung einladen. Die sich gegenwärtig abzeichnenden Disruptionen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems bieten zugleich einen dringenden Anlass und eine hervorragende Chance, sich konstruktiv mit den Herausforderungen einer Postwachstumstransition zu befassen.

Die Mitglieder des Arbeitskreises „Postwachstumsökonomien" der ARL
August 2021

Literatur

Belk, R. (2017): Sharing Versus Pseudo-Sharing in Web 2.0. In: The Anthropologist 18 (1), 7-23.
Brokow-Loga, A; Eckardt, F. (Hrsg.) (2020): Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik. München.
Costanza, R.; Kubiszewski, I.; Giovannini, E.; Lovins, L. H.; Mcglade, J.; Pickett, K. E.; Ragnarsdottir, K. V.; Roberts, D.; De Vogli, R.; Wilkinson, R. (2014): Time to leave GDP behind. In: Nature 505, 283-285.
Daly, H. E.; Cobb, J. B. (1989): For the Common Good. Redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future. Boston.
Difu – Deutsches Institut für Ubanistik; vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (2017): Bodenpolitische Agenda 2020–2030. Warum wir für eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik eine andere Bodenpolitik brauchen. Berlin.
EU Kommission (2016): A European agenda for the collaborative economy (COM(2016) 356 final). Brüssel.
Haas, T. (2018): Verkehrswende und Postwachstum. Die Suche nach Anknüpfungspunkten. Jena. = Working-Paper 4/2018 der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften.
www.kolleg-postwachstum.de/sozwgmedia/dokumente/WorkingPaper/WP+4_18+Haas.pdf (03.06.2021).
Hertweck, F. (Hrsg.) (2020): Architektur auf gemeinsamem Boden. Positionen und Modelle zur Bodenfrage. Zürich.
Hesse, M. (2018): In Grund und Boden. Wie die Finanzialisierung von Bodenmärkten und Flächennutzung Städte unter Druck setzt. In: Arch+ 231, 78-83.

Klagge, B. (2021): Die deutsche Energiewende zwischen Wirtschafts- und Klimazielen – eine geographische Perspektive. In: Giffinger, R.; Berger, M.; Weninger, K.; Zech, S. (Hrsg.): Energieraumplanung – ein zentraler Faktor zum Gelingen der Energiewende. Wien, 119-129.
Kubiszewski, I.; Costanza, R.; Franco, C.; Lawn, Ph.; Talberth, J.; Jackson, T.; Aylmer, C. (2013): Beyond GDP: Measuring and achieving global genuine progress. In: Ecological Economics 93, 57-68.
Lange, B.; Hülz, M.; Schmid, B.; Schulz, C. (Hrsg.) (2020): Postwachstumsgeographien: Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien. Bielefeld.
Nelson, A.; Schneider, F. (2019): Housing for Degrowth. Principles, models, challenges and opportunities. New York.
Pütz, M.; Mössner, S.; Lange, B. (2019): Warum die Debatte um Postwachstum für die Raumentwicklung relevant ist. Konturen einer entstehenden Debatte. In: Nachrichten der ARL 3/2019, 52-54.
Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg.
Schulz, C. (2017): Postwachstum in den Raumwissenschaften. In: Nachrichten der ARL 4/2017, 11-14.
Wohlgemuth, O.; Pütz, M. (2020): Kriterien für eine postwachstumsorientierte Wohnraumentwicklung am Beispiel der Stadt Zürich. In: Lange, B.; Hülz, M.; Schmid, B.; Schulz, C. (Hrsg.): Postwachstumsgeographien: Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien. Bielefeld, 139-157.

Autorinnen und Autoren

Benjamin Best (**1984*), *Dr. rer. pol., Senior Researcher am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und Leiter der BMBF-SöF Nachwuchsgruppe „Die Rolle von Energiesuffizienz in Energiewende und Gesellschaft". Schwerpunkte sind Partizipation, Postwachstum, Suffizienz und Energiepolitik.*

Heike Brückner, *Landschaftsarchitektin mit den Schwerpunkten Forschung, Planung und experimentelle Gestaltungsprojekte zu den Themen „Postindustrielle Kulturlandschaft" und „Produktive Stadtlandschaften". Seit 2010 arbeitet sie zur postfossilen Stadt- und Regionalentwicklung und initiierte das aktuelle Projekt „Urbane Farm Dessau".*

Martina Hülz (**1976*), *Dr., Studium Geographie, Soziologie und Städtebau in Berlin, Bonn und Southampton; im Anschluss Forschung und Lehre an den Universitäten Dortmund, Duisburg-Essen und Luxemburg zu Periurbanisierung, räumlichen Lernprozessen, Wissensökonomie sowie zum Wissens- und Technologietransfer; 2009 Promotion an der Universität Luxemburg („Doctorat en Géographie"); 2010–2012 Projektleiterin bei der RegioNord Consulting GmbH; seit 2012 Leiterin des Referats „Wirtschaft und Mobilität" in der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft.*

Britta Klagge (**1965*), *Prof. Dr., ist Professorin für Geographie an der Universität Bonn und leitet die Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeographie. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der geographischen Energie- und Infrastrukturforschung, der Finanzgeographie und in der kritischen Kapitalismusforschung.*

Bastian Lange (**1970*), *Dr., Privat-Dozent an der Universität Leipzig. Forschung zu Kultur- und Kreativwirtschaft, alternativen Geographien, Governance und Stadtplanung. Mit Multiplicities berät er Politik und Wirtschaft im europäischen Kontext auf Wegen zu zukunftstauglichen Stadtregionen.*

Samuel Mössner (**1977*), *Prof. Dr., leitet den Arbeitsbereich „Raumplanung und Nachhaltigkeit" am Institut für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Er forscht zu Themen der gesellschaftlichen Nachhaltigkeitstransition.*

Sebastian Norck (**1988*), *M.Sc., Studium der Geographie und Anglistik an der Universität Bayreuth, anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bayreuth. Forschung und Lehre zu nachhaltiger Raumentwicklung, insbesondere zur Energie- und Verkehrswende in städtischen Räumen; seit 2020 Nahmobilitätsbeauftragter der Stadt Bayreuth.*

Marco Pütz (*1971), *PD Dr., leitet die Forschungsgruppe „Regionalökonomie und Regionalentwicklung“ an der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) in Birmensdorf (CH) und lehrt am Geographischen Institut der Universität Zürich. Er beschäftigt sich an der Schnittstelle von Raumentwicklungs- und Umweltforschung u. a. mit Raumplanung, Stadt- und Regionalentwicklung sowie Anpassung an den Klimawandel.*

Anne Ritzinger (*1977), *Dr., Sozialgeographin, Systemische Beraterin und Coach. Sie ist am Bereich Zentrale Aufgaben der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung tätig und hat zum Thema „Flächensparen zwischen Theorie und Praxis – eine akteursorientierte Analyse des Dorferneuerungsprozesses“ promoviert. Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Flächenmanagement, resiliente Entwicklung ländlicher Räume und systemische Analyse von Akteurskonstellationen.*

Benedikt Schmid (*1988), *Dr., arbeitet am Lehrstuhl für Geographie des Globalen Wandels an der Universität Freiburg. In seiner Forschung untersucht er die Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen und sozial-ökologischer Unternehmen in Transformationsprozessen hin zu wachstumsunabhängigen Wirtschaftsformen.*

Christian Schulz (*1967), *Prof. Dr., ist Wirtschaftsgeograph mit besonderem Interesse an Nachhaltigkeitstransitionen, alternativen Ökonomien und Postwachstumsansätzen. Universität Luxemburg, Fachbereich Geographie und Raumplanung.*

Viola Schulze Dieckhoff (*1985) *arbeitet am Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie der Fakultät Raumplanung an der TU Dortmund. Sie forscht und arbeitet zu Postwachstumsplanung, transformativen Aktionen und Gemeingütern und ist aktiv im Verein Die Urbanisten e. V.* (*Dortmund*).

Sabine Weck, *Dr. rer. pol., studierte Raumplanerin, arbeitet im ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund, und leitet die Forschungsgruppe Sozialraum Stadt. Sie forscht zur Entwicklung peripherisierter Regionen, zu Armut und sozialer Ausgrenzung sowie zu sozialer Kohäsion und raumbezogener Gerechtigkeit.*

Aktuelle Positionspapiere aus der ARL

shop.arl-net.de

Nr.

122 **Postwachstum und Raumentwicklung – Denkanstöße für Wissenschaft und Praxis.**
Positionspapier aus dem Arbeitskreis „Postwachstumsökonomien“ der ARL. Hannover, 2021.
URN: https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-01225

121 **Der Beitrag nachhaltiger Raumentwicklung zur großen Transformation – Impulse für neue Strategien.**
Positionspapier aus dem Arbeitskreis „Nachhaltige Raumentwicklung für die große Transformation“ der ARL. Hannover, 2021.
URN: https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-01211

120 **Brexit – neue Herausforderungen für ein neues Europa.**
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Auswirkungen des Brexits auf die Raumentwicklung und territoriale Kohäsion“ der ARL. Hannover, 2021.
URN: http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-01201

119 **München als 8. bayerischer Regierungsbezirk?! Überlegungen und Vorschläge zu einer Verwaltungsstrukturreform auf der mittleren staatlichen Ebene in Oberbayern.**
Positionspapier aus der Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Verwaltungsneugliederung Südbayern“ der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bayern der ARL. Hannover, 2021.
URN: http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-01199

118 **SARS-CoV-2-Pandemie: Was lernen wir daraus für die Raumentwicklung?**
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Pandemie und Raumentwicklung“ der ARL. Hannover, 2021.
URN: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-01189

117 **Neuorientierung der Raumordnung in Bayern.**
Positionspapier aus der Arbeitsgruppe „Neue Perspektiven einer zukunftsfähigen Raumordnung in Bayern“ der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bayern der ARL. Hannover, 2020.
URN: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-01173

116 **Zukunft der (Stadt-)Zentren ohne Handel? Neue Impulse und Nutzungen für Zentren mit Zukunft.**
Positionspapier aus der gleichnamigen Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bremen/Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein der ARL. Hannover, 2020.
URN: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-01163

115 **Raumordnung: Anwalt für gleichwertige Lebensverhältnisse und regionale Entwicklung – eine Positionsbestimmung.**
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Zukunft der Raumordnung“ der ARL. Hannover, 2020.
URN: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-01153

114 **Small town research in Germany – status quo and recommendations.**
Position Paper of the Ad-hoc Working Group “Kleinstadtforschung” (Small Town Research) of the ARL. Hanover, 2019.
URN: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-01149

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft · arl@arl-net.de · www.arl-net.de

ISSN 1611-9983